

Newsletter September 2021

Seuche für alle?

Impfung für Schülerinnen und Schüler

Die Ständige Impfkommission (Stiko) hat nach längerem Hin und Her am 19.08.2021 empfohlen, auch Kinder und Jugendliche zwischen 12 und 17 Jahren gegen Covid-19 zu impfen. Eine Impfpflicht soll es jedoch nicht geben. Die Stiko warnt auch davor, nicht geimpften Kindern und Jugendlichen den Zugang zu Bildung und außerschulischen Angeboten zu versperren. Unsere sozialpolitische Sprecherin Birte Pauls hat das ausdrücklich unterstützt: „Dass die Impfkommission sich bei der Entscheidung trotz großen Drucks Zeit gelassen hat, zeigt, dass es sich um eine verlässliche und belastbare Empfehlung handelt.“

Der Bildungsausschuss hat am 22.08.2021 eine Experten-Anhörung durchgeführt, deren Aussagen nicht jedem gefallen haben, besonders was die Unter-12jährigen angeht: weniger Masken, stattdessen PCR-Tests für Schüler*innen mit Symptomen; Luftfilter nur in Ausnahmefällen – und ansonsten akzeptieren, dass sich alle jüngeren Kinder infizieren, ohne starke Symptome zu entwickeln, denn nur so könnten sie Immunität entwickeln. Immerhin: klarere Worte, als wir sie von Bildungsministerin Prien zu hören bekommen!

Dazu der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat: „Wir gehen jetzt in den zweiten Pandemiewinter. Impfangebote gibt es nur für Kinder ab 12 Jahren und für Erwachsene, allerdings werden sie von diesen teilweise nur in beschämend niedrigem Ausmaß angenommen.“

Über kurz oder lang wird sich jedes Kind infizieren. Ich habe nicht verstanden, wie der Kollege von der CDU über dieser Nachricht in Jubelarien ausbrechen und von Schulen als „Sicheren Orten“ sprechen konnte.

Nach allem, was wir jetzt wissen, werden die Inzidenzen nirgends höher sein als in Kindertagesstätten und an Schulen. Und wenn wir das nicht klar aussprechen und nicht deutlich kommunizieren, wiegen wir ungeimpfte Erzieher:innen, Lehrkräfte und Eltern in einer trügerischen - falschen! - Sicherheit.

Der Trost ist, dass Kinder und Jugendliche eine Infektion sehr wahrscheinlich glimpflich überstehen. Trotzdem gibt es Sorgen in der Elternschaft vor einer Infektion und vor Long-Covid. Und es gibt Hoffnungen auf Impfstoffe für Kinder unter 12 Jahren, die dann doch eine Alternative zu einer Infektion wären, um Immunität zu erlangen.

Gleichzeitig gibt es einen großen Wunsch nach Normalität an den Schulen, gibt es dramatische Lerneinbrüche bei vielen Schülerinnen und Schülern und die Erkenntnis, dass eine schlechtere Bildung und soziale Isolation ebenfalls Einfluss auf Wohlbefinden und Lebenserwartung haben.

Wir müssen uns auch schwierige Fragen stellen:

- Haben wir jede Form von Impfpflicht voreilig ausgeschlossen?
- Sind Kohortenregelungen den Aufwand vielleicht doch wert?
- Machen wir das Thema Luftfilter zu sehr zu einem politischen Geplänkel zwischen Bund und Land, zwischen Opposition und Regierung?
- Nutzen wir die Möglichkeiten des digitalen Lernens in ausreichendem Maße, sowohl in Präsenz als auch in Distanz?
- Können wir Eltern, die ihrem Kind bis zu einer möglichen Impfung eine Infektion ersparen wollen, Hoffnung machen?

Das sind Fragen, die wir sehr ernsthaft miteinander diskutieren müssen und die auch sehr ernsthaft mit allen Mitgliedern der Schulgemeinschaft besprochen werden müssen. Von einer Bildungsministerin, die sich in regionalen Runden im Land dieser Diskussion stellt. Die sich auch körperlich präsent vor Lehrkräfte stellt, wenn diese von Querdenkern angegriffen werden.

“**Wir sind fassungslos!**

“**Zusammenarbeit sieht anders aus! -
Wir sind mit unserer Geduld am Ende!
Wer Wind sät sollte sich vorsehen -
Schleswig-Holsteinische Herbststürme
sind berüchtigt!**

“**Testpflicht an Schulen -
gut gedacht ist noch
nicht gut gemacht!**

SPD FRAKTION
SCHLESWIG-
HOLSTEIN

Vor diesem Hintergrund ist es eine Katastrophe, dass das Tisch Tuch zwischen der Ministerin und den Elternvertretungen zerschnitten zu sein scheint und diese sich beklagen, dass ihnen bewusst Informationen vorenthalten werden – an ein konstruktives Miteinander wird da schon gar nicht mehr geglaubt. ‚Wir werden eine Welle der Ungeimpften erleben in den kommenden Wochen und Monaten.‘ Das ist eine Prognose von Prof. Stefan Kluge, dem Direktor der Klinik für Intensivmedizin am UKE. Die Kleinen haben noch keinen Impfstoff. Die Großen schon. Lassen Sie sich impfen, verdammt nochmal!“

[Empfehlung der Stiko vom 19.08.2021](#)

[Pressemitteilung von Birte Pauls vom 16.08.2021](#)

[Landtagsrede von Martin Habersaat vom 25.08.2021](#)

Luftfilter

Jamaika handelt – aber nur wenn Berlin Geld gibt!

Die Landesregierung hat zum Einsatz von Luftfiltern in Schulen mittlerweile jede mögliche Haltung eingenommen, von „Bringt gar nichts!“ über „Superidee, Bund, zahl mal!“ bis „Eigentlich brauchen wir sie nicht, aber wenn der Bund uns schon mal das Geld aufdrängt, machen wir es eben!“. Für ein landesweites Programm reichen die jetzt vorgesehenen 13,8 Mio. Euro von Bund, Land und Kommunen nicht im Ansatz aus; auch wären auf dem Markt nicht genügend Geräte verfügbar.

Es war schon immer klar, dass viele unserer Schulen Altbauten sind, die auf die Herausforderungen einer Epidemie oder Pandemie nicht eingerichtet sind. Man kann nicht überall regelmäßig lüften, dafür brauchen wir Hilfsmittel. Das ist nichts Neues. Es ist auch nichts Neues, dass die Landesregierung erst dann in Wallung kommt, wenn der Bund sein Füllhorn ausgießt. Ein echter Gestaltungswille ist bei dieser Regierung schon lang nicht mehr erkennbar.

Immerhin, endlich stehen die [Förderrichtlinien](#) fest.

Kein Kurs und kein Kompass!

Hochschulgesetznovelle

Kurz vor Ende der Legislaturperiode brachte die Landesregierung am 25.08.2021 einen umfangreichen Entwurf zur Novellierung des Hochschulgesetzes in den Landtag ein, der in den nächsten Monaten im Bildungsausschuss einer schriftlichen und einer mündlichen Anhörung unterzogen wird.

Es ist klar, dass CDU und besonders FDP gern alles über Bord geworfen hätten, was die Küstenkoalition an Mitbestimmung und Diversität ins Hochschulgesetz geschrieben hatten; die GRÜNEN können sich aber nicht leisten, dass ihre eigene Politik aus der Zeit 2012-2017 mit dem Bulldozer planiert wird.

Dazu Prof. Dr. Heiner Dunckel, unser Sprecher für Hochschulen: „Wenn man sich den Kabinettsentwurf genauer zu Gemüte führt, ist ein programmatischer und erst recht ein innovativer roter Faden nicht erkennbar.“

Es gibt eine ganze Reihe von Aufgaben, die die Hochschulen so nebenbei erledigen sollen, ohne dass ihnen zusätzliche Ressourcen gewährt würden. Sicher: die chronische Unterfinanzierung der schleswig-holsteinischen Hochschulen kann nicht per Gesetz behoben werden, sondern muss und sollte im Haushalt geregelt und reduziert werden. Aber Gesetz und Haushalt müssen sich aufeinander beziehen, wenn es um den Einsatz von Ressourcen geht.

Sicherlich sind Unternehmensgründungen auch von Studierenden zu unterstützen, aber ist das eine Kernaufgabe von Hochschulen?

Eine der zentralen Fragen bei der Digitalisierung wird sein, ob die Hochschulen mit diesem Rechtsrahmen hinreichend auf die besonderen Herausforderungen der Digitalisierung vorbereitet sind. Digitalisierung auch an den Hochschulen wird

schlussendlich nicht nur eine Frage des Rechtsrahmens, sondern auch der Finanzierung und der Ressourcen sein!

Die Landesregierung hält Wort und nimmt die von uns bereits 2020 beantragte erweiterte Definition von Behinderungen entsprechend § 3 des Behindertengleichstellungsgesetzes ausdrücklich auf. Aber darüber hinaus hat sie im Bereich der Diversität nicht besonders viel vor.

Dass Weiterbildungsangebote für Mitglieder der Hochschulleitung und der Selbstverwaltungsorgane vorgesehen sind, ist begrüßenswert, aber wenn Professionalisierung den Ausschluss weiter Teile der Hochschulangehörigen aus der Selbstverwaltung bedeuten soll, wird das mit uns nicht zu machen sein. Und noch mehr Skepsis ist bei der Innovationsklausel angebracht, die dem Senat – mit verfassungsrechtlich vorgegebener Professorenmehrheit – die Möglichkeit geben soll, mit den Strukturen herumzuxperimentieren. Wir sollten uns davor hüten, auf dem Deckmantel des lean management die Mitbestimmungsrechte von Statusgruppen zu opfern. Wir sind auch besorgt, dass das Land sich „klammheimlich“ aus der Verantwortung und der Daseinsvorsorge in Bildung und Krankenversorgung stehlen kann. Mit der Optionsregelung will das Land Hochschulen in die eigene Verantwortung entlassen, ohne klar die dauerhafte Verantwortlichkeit des Landes für die davon betroffenen Beschäftigten und deren Arbeitsbedingungen festzuschreiben.

Zur Stärkung des Promotionskollegs sagt der Gesetzentwurf nicht viel.

Wir sollten uns nicht unter unnötigen Zeitdruck setzen lassen und den Hochschulen und allen Hochschulmitgliedern bei der Ausschussanhörung sorgfältig zuhören.

[Gesetzentwurf zur Änderung des Hochschulgesetzes und des Gesetzes über die Stiftungsuniversität Lübeck \(Drucksache 19/3186\)](#)
[Landtagsrede von Prof. Dr. Heiner Dunckel vom 25.08.2021](#)

Schulen als Ort der Nachhaltigkeit

Zukunftsschulen

Zukunftsschule.SH ist eine landesweite Initiative, die seit bald 20 Jahren das Thema des nachhaltigen Handelns zu einer festen Größe im Unterricht an Schulen in Schleswig-Holstein machen möchte. Die Initiative steht beispielhaft für die Bildung für nachhaltige Entwicklung. Sie vermittelt jungen Menschen die Kompetenzen, gemeinsam eine lebenswerte Zukunft gestalten zu können. Ihre Arbeit in diesem Bereich können die Schulen zertifizieren lassen – davon machen die Schulen in Schleswig-Holstein sehr unterschiedlich Gebrauch. Während es in Stormarn 34 Zukunftsschulen gibt, sind es in Nordfriesland nur neun. Die Auszeichnung gilt jeweils für zwei Schuljahre und wird auf drei Stufen vergeben: Stufe 1 setzt zwei Projekte für nachhaltige Entwicklung in der Schule voraus, Stufe 2 eine Mitarbeit im Netzwerk der Zukunftsschulen und Stufe 3 das Setzen von neuen Impulsen.

<https://www.zukunftsschule.sh/start/>

Zu viel Bilanz, zu wenig Strategie

Bildung für nachhaltige Entwicklung

Die Landesregierung hat nach langem Vorlauf eine Landesstrategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ vorgelegt ([Drucksache 19/3062](#)). Allerdings sind die 96 Seiten bisher weniger eine Strategie, mehr eine (unvollständige) Bestandsaufnahme – und zu wenig für ein Projekt, das der Höhepunkt des politischen Jahres für den Umweltminister sein sollte. Wesentliche Maßnahme der Regierung ist die Gründung einer Agentur für Nachhaltigkeit, die alle Akteure im Land vernetzen soll. Wenn man die 17 UN-Nachhaltigkeitsziele und die damit verbundenen 169 Zielvorgaben ernst nimmt, gehört diese Agentur allerdings in Staatskanzlei und sollte keine nachgeordnete Stelle einer nachgeordneten Behörde des Umweltministeriums sein.



[Landtagsrede von Kerstin Metzner vom 27. August 2021](#)

Niemanden zurücklassen!

Jugendberufsagenturen – Debatte schon wieder verschoben

Hier hätte etwas über die Landtagsdebatte über den Bericht der Landesregierung über die Jugendberufsagenturen stehen sollen, die von uns in der vorigen Regierung auf den Weg gebracht worden sind. Trotz anderer Zusagen wurde er leider nochmals verschoben.

[Bericht über die Jugendberufsagenturen \(Drucksache 19/2811\)](#)

Corona schützt vor Nazis nicht

Verfassungsschutzbericht 2020

Zum Verfassungsschutzbericht 2020 sagte unser Sprecher Tobias von Pein (die Rede wurde nicht gehalten, aber zu Protokoll gegeben): „Corona und die öffentlichen Maßnahmen zu seiner Eindämmung haben manche Zeitgenossen erst richtig auf den Geschmack gebracht, sich öffentlich ins Zeug zu legen. Da marschierte dann so mancher, der sich über die Einschränkung von Grundrechten Sorgen machte, Seite an Seite mit selbsternannten Querdenkern und offenen Rechtsextremisten, die im Falle ihrer Machtübernahme noch ganz andere Grundrechte dauerhaft abschaffen würden als die, die derzeit befristet eingeschränkt werden. Hier kann man nur jedem Gutgläubigen dringend raten, sich genau anzusehen, mit wem er oder sie Schulter an Schulter herumläuft. Wer einmal nicht in sein Ferienhäuschen darf, hat noch lange kein Recht, sich als moderne Sophie Scholl zu stilisieren!

Besonders originell ist die Analyse der Pandemie bei den Islamisten geraten. Die Dschihadisten sehen im Corona-Virus einen „Soldaten Gottes gegen die Ungläubigen... und schlimmsten Albtraum der Kreuzzügler“, was vielleicht ein bisschen unpraktisch ist, da die Forschung bisher nicht nachweisen konnte, dass die Muslime eine besondere Immunität aufweisen würden.

Der örtliche Achtungserfolg der vor sich hinmodernden NPD in Neumünster zeigt, dass die NPD nur noch da fruchtbaren Boden vorfindet, wo die AfD noch nicht alles abgegrast hat. Für überzeugte Rechtsextremisten ist die AfD heute die erste Wahl. Unser Verfassungsschutzgesetz ist aus gutem Grund sehr restriktiv gehalten. Die AfD ist deshalb bisher nicht Beobachtungsobjekt – das kann sich aber sehr schnell ändern und das sollte sich auch ändern. Die AfD hat keinen rechtsextremen Flügel mehr, sie ist rechtsextrem.

Ich danke den vielen Frauen und Männern in der demokratischen Zivilgesellschaft dafür zu danken, dass sie sich tagtäglich gegen rechten Extremismus zur Wehr setzen. Diese Menschen betreiben „Verfassungsschutz“ im besten Sinne des Wortes.“

[Verfassungsschutzbericht 2020 \(Drucksache 19/2937\)](#)

Rede von Tobias von Pein

UNSERE NEUESTEN LANDTAGSREDEN UND PRESSEMITTEILUNGEN:

Schule

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 24. Juni 2021

Förderung im neuen Schuljahr darf nicht vom Zufall abhängen

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-06-24-10-40-16-650f/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 29. Juni 2021

Lernsommer 2021 – dieselben Fehler wie 2020?

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-06-29-10-09-23-2d61/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Kai Vogel vom 14. Juli 2021

Der Bund hat vorgelegt, jetzt ist Jamaika dran!

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-07-14-16-37-49-21df/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 20. Juli 2021

Startbedingungen an Schulen vom Zufall abhängig

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-07-20-16-14-49-4524/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 28. Juli 2021

Präsenzunterricht hat oberste Priorität

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-07-28-15-17-18-1c9e/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 06. August 2021

So geht es nicht!

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-08-06-13-33-39-4f7a/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 12. August 2021

Wer starke Elternvertretungen will, muss sie auch unterstützen

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-08-12-11-03-54-6b44/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 23. August 2021

Schulen werden Hochinzidenzgebiete

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-08-23-13-28-08-67d6/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Landtagsrede von Martin Habersaat vom 25. August 2021

Ehrlich kommunizieren - Schulen sind keine sicheren Orte

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-08-25-18-08-14-37c5/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Hochschule

Pressemitteilung von Prof. Dr. Heiner Dunckel vom 24. Juni 2021

HSP-Mittel werden entsperrt – aber nicht für Schleswig-Holstein

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-06-24-15-28-03-78ac/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Prof. Dr. Heiner Dunckel vom 05. August 2021

Tarifvertrag für studentische Beschäftigte: Jamaika muss Verhandlungen aufnehmen

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-08-05-17-38-02-0421/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Landtagsrede von Prof. Dr. Heiner Dunckel vom 25. August 2021

Kein roter Faden erkennbar

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-08-25-12-13-03-1e4f/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Unsere Arbeitskreis-Mitglieder

[Martin Habersaat](#)

Vorsitzender, Sprecher für Kulturpolitik, Kirchen und Religionsgemeinschaften

[Prof. Dr. Heiner Dunckel](#)

Sprecher für Hochschule, Wissenschaft, Forschung und Weiterbildung

[Kirsten Eickhoff-Weber](#)

Sprecherin für Berufliche Bildung

[Bernd Heinemann](#)

Sprecher für Niederdeutsch

[Tobias von Pein](#)

Sprecher für politische Bildung und gegen Rechtsextremismus

[Kai Vogel](#)

Sprecher für Schulpolitik

IMPRESSUM

Dieser Newsletter wird in unregelmäßigen Abständen vom Arbeitskreis Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kultur, Rechtsextremismus und religiöse Angelegenheiten der SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag herausgegeben.

Verantwortlich: Dr. Michael Schmidt-Neke, SPD-Landtagsfraktion, Düsternbrooker Weg 70, 24105

Kiel. Email: m.schmidt-neke@spd.ltsh.de